



INSIDER

AUSGABE 31 · 18. AUGUST 2017

KOMMENTAR

»Die 'BILD' LÜGT!«

Von Heino Wiese

Gerhard Schröder wurde von dem russischen Ministerpräsidenten Medwedew für den Aufsichtsrat des weltgrößten russischen Ölkonzerns Rosneft nominiert. Eine große Ehre und ein großer Vertrauensbeweis, den die russische Regierung dem ehemaligen deutschen Bundeskanzler entgegenbringt. Schröder ist einmal mehr der große Brückenbauer zwischen Deutschland und Russland. Und wir werden uns alle noch einmal freuen, dass es diesen Brückenbauer gibt. Für jeden, dem ein starkes und friedliches Europa am Herzen liegt, ist das ein großartiges Angebot. Das bedeutet auch den deutschen Einfluss auf diesen bedeutenden Konzern.

Kaum war die Meldung bekannt, reagierte die „Bild“ mit einem Riesenartikel in dem Schröder für dieses potenzielle Engagement attackiert wurde. Es wurde wahrheitswidrig angedeutet, dass er als Vorstand des Unternehmens Millionen verdienen würde. Außerdem wurde eine Abhängigkeit Schröders vom Kreml konstruiert. Jeder der Schröder kennt, weiß, dass er eines bestimmt nicht tut: Sich von irgendjemand vereinnahmen zu lassen.

Das Bedauerliche an dem Artikel ist, dass es Bild gelungen ist, mit Martin Schulz eine Gegenposition aufzubauen, bevor Schröder sich überhaupt zu dem Angebot von Medwedew geäußert hatte. Und das wird Schulz noch bereuen, weil „Bild“ dieses „Spaltmaterial“ wieder nutzen wird, um Wahlkampf gegen die SPD zu machen. Schade auch, dass die sogenannten seriösen Medien die „Bild“-Argumentation zum Teil ungeprüft übernommen haben.

Für mich war dieses Medienorgan schon in den 60er und 70er Jahren die Verkörperung des unseriösen Journalismus und Erfinder der Fake-News. Alle, die zeitweise geglaubt haben, das würde sich ändern, haben irgendwann merken müssen, „Bild“ und Fairness – das ist ein Gegensatz! Seit der russophobe neue Chefredakteur Julian Reichel im Amt ist, kann man wie früher behaupten: „Bild“ lügt.

BUNTES AUS BERLIN

BEYOND THE WALL – JENSEITS DER MAUER



Der deutsch-amerikanische Künstler Stefan Roloff, 63, hat die Open-Air Installation »Beyond der Wall« entworfen und stellt die-

se nun an der West Side Gallery in Berlin aus.

1984 filmte er von der Westseite der Mauer den Alltag am Todesstreifen. Aus diesen Kleinbildfilmen hat Roloff für die aktuelle Installation Standbilder extrahiert und projiziert diese nun auf die Westseite der Mauer und kombiniert diese mit Zitaten von Zeitzeugen. Auf 229m ist die Installation zu besichtigen.

Seit 13. August bis 9. November 2017. Spreeseite der East Side Gallery. Eintritt frei.

Gugl-Hupf

APP ZEIGT HAUTKREBSRISIKO

Sommerzeit ist Urlaubszeit, ist Zeit für einen ordentlichen Sonnenbrand. Nun helfen bekanntlich die alten Warnungen, dass man seine Haut ausreichend vor Sonne schützen muss, häufig nicht weiter. Braun soll die Haut werden, nur mitunter geht das schief und der Sonnenanbeter hat mit geröteter Haut zu tun, die sich nach wenigen Tagen pellt. Wer seine Haut zu häufig auf diese Art strapaziert, erhöht unnötig sein individuelles Hautkrebsrisiko.

Eine App soll nun seinen Benutzern zeigen, wie sich Falten, Altersflecken, rote Äderchen und eben auch Hautkrebs auf der Haut darstellen, wenn man sie nicht mit Sonnenschutz pflegt. Dazu wird ein Selfie gemacht und die App erstellt ein 3D-animiertes Bild, das die Auswirkungen für die Haut sichtbar macht. So soll über mögliche UV-Schädigungen der Haut und das Hautkrebsrisiko aufgeklärt werden. Die »Sunface«-App steht kostenlos für Android und iOS 8 zur Verfügung.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Id.Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Jenny Bogitzky, Alice Gerschlow
Telefon 030.810588818
Aufgabe: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erschient seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de

BREXIT-VERHANDLUNGEN: IN DER REALITÄT ANGEKOMMEN



Foto: Benno Kraehahn
Von Norbert Spinrath MdB (SPD), europapolitischer Sprecher, Quelle: Bundestagsfraktion SPD

Endlich beginnt die Regierung in London, sich von der Fantasiewelt der Brexit-Hardliner zu verabschieden. Der am Dienstag präsentierte Vorschlag für ein begrenztes Übergangszollabkommen ist ein erster Schritt zur Anerkennung der Realität. Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ist eine monumentale Aufgabe, die un-

möglich in zwei Jahren zu leisten ist. Und schon gar nicht in der tatsächlich noch zu Verfügung stehenden Zeit, denn fast sechs Monate wurden auf britischer Seite mit Illusionen verschwendet.

Der Vorschlag lässt viele entscheidende Details aus. Trotzdem ist seine Veröffentlichung zu begrüßen. Verhandlungen darüber zwischen Großbritannien und der EU-Kommission sind aber gegenwärtig noch nicht angezeigt. Zuvor muss das Land seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber der EU grundsätzlich anerkennen, und die Rechtsstellung der dort lebenden EU-Bürgerinnen und -Bürger muss garantiert sein. Sollte über ein Übergangsregime für die Zollunion verhandelt werden, muss der britischen Seite klar sein: Ihr zeitweiliges Fortgelten setzt voraus, dass solange auch andere Regelungen weiter in Kraft bleiben, insbesondere die Personenfreizügigkeit. Verhandlungen mit Drittstaaten über Freihandelsabkommen kann Großbritannien erst führen, nachdem die Übergangsphase beendet sein wird.

GASPREISE SO NIEDRIG WIE 2005

Die Erdgaspreise sind so niedrig wie zuletzt 2005, Verbraucher können Geld sparen. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Preise um vier Prozent gesunken. Perspektivisch könnten die Energiepreise weiter sinken, dies ermittelten Experten des Unternehmens Verivox. Das geplante LNG-Terminal im schleswig-holsteinischen

Brunsbüttel könnte verflüssigtes Gas zu einer Option für Endverbraucher machen. Die Gaspreise sind bisweilen noch immer stark von der Weltwirtschaft abhängig, schwanken jedoch nicht mehr so stark. Deutschland bezieht 40 Prozent aus Russland, 29 Prozent aus den Niederlanden und 21 Prozent aus Norwegen.

AFD DEMIENTIERT KONTAKTE ZU RUSSISCHEM GEHEIMDIENST

Der polnische Politiker Mateusz Piskorski wird in seiner Heimat der Spionage für den russischen Geheimdienst bezichtigt, in Deutschland gründete er mit AfD-Funktionär Markus Frohneier das »Deutsche Zentrum für Eurasische Studien«. Während Piskorski in Polen in Untersuchungshaft sitzt, sehen auch die deutschen Geheimdienste im Politiker einen prorussischen Akteur. Dies berichteten diverse Medien mit Berufung auf einen Be-

richt des Verfassungsschutzes. Piskorski soll ebenfalls Versuche unternommen haben zur Partei DIE LINKE Kontakte aufzubauen, um eine Dialogplattform aufzubauen. Bisweilen kommentierte DIE LINKE dies nicht. Die AfD demientiert Kontakte zum russischen Geheimdienst und betont, dass es sich beim »Deutschen Zentrum für Eurasische Studien« um einen transparenten politischen Diskurs handle.

DEUTSCH-TÜRKISCHE RECHTSANWÄLTIN IN DER TÜRKEI FESTGENOMMEN

Das Auswärtige Amt teilte mit, dass eine weitere deutsche Staatsbürgerin in der Türkei festgenommen wurde. Die Rechtsanwältin, die ebenfalls einen türkischen Pass besitzt, könnte »wegen Vorwürfen politischer Natur« inhaftiert worden sein, teilte Außenamtssprecher Martin Schäfer am heutigen Freitag mit. Gegenwärtig werden die Hintergründe der Festnahme geprüft. Mittlerweile sind neun Deutsche in türkischen Gefängnissen, darunter auch der Journalist Deniz

Yücel sowie Menschenrechtsaktivist Peter Stuedtner. Die Mutmaßungen über die Hintergründe der jüngsten Festnahme einer deutschen Staatsbürgerin konnten sich bisher nicht erhärten. Die türkischen Autoritäten dürfen die Frau bis zu 14 Tage in Untersuchung behalten. Der deutsche Botschafter in Ankara, Martin Erdmann, hat jedoch die Erlaubnis bekommen, Yücel und Stuedtner kommende Woche im Gefängnis zu besuchen.

BRÜSSEL ÜBER BREXIT VERHANDLUNGEN: »ENTTÄUSCHEND«

Die Europäische Kommission und EU-Chefunterhändler Michel Barnier sollen von den Positionspapieren Großbritanniens zum Brexit enttäuscht sein. Die Vorbereitungen auf die Verhandlungsrunden liefen bisher schleppend und die Forderungen Londons seien unrealistisch.

Aus Kommissionskreisen heißt es, dass Großbritannien weiterhin versuchen würde, einen Brexit ohne jeglichen Effekt auf die Wirtschaftsbeziehungen und den Binnenmarkt zu erzielen, zugleich vor allem bei Einreiseregulungen hohe Forderungen

stellen würde. In Brüssel zeige man sich unbeeindruckt und hält mittlerweile eine Verhandlungsrunde bis zum Ende des Jahres aus.

Das Brexit-Ministerium Großbritanniens hatte zuvor gehofft, dass im Oktober eine Verhandlungsrunde zustandekommen würde, nachdem das Angebot der Kommission abgelehnt wurde, sich im August zu treffen. Chefunterhändler Barnier ist auf einen zähen Prozess vorbereitet, da es »fundamentale Differenzen« zwischen den Parteien gäbe.

EUROZONE KÄMPFT SICH LANGSAM AUS DER WIRTSCHAFTSKRISE

Das europäische Statistikamt Eurostat meldet ein Wachstum von 0,6 Prozent im zweiten Quartal in der Eurozone. Dabei ist Deutschland wiederholt ein Treiber des Wachstums gewesen, jedoch seien auch die Volkswirtschaften von Spanien und Italien signifikant gewachsen.

In Spanien wurden auch neue Arbeitsplätze geschaffen – erstmals seit 2008 liegt die Zahl der Erwerbslosen bei unter vier Millionen (17,2 Prozent), was die Erwartungen der Experten übertrafen hat.

»Die positive Wirtschaftsentwicklung

macht Europa widerstandsfähig und lässt wieder Raum für zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik«, erklärte KfW-Chefvolkswirt Jörg Zeuner. Er hält an der Annahme fest, dass die lockere EZB-Geldpolitik die Wirtschaft langfristig zum Florieren bringen könne.

In der Tendenz gibt es lediglich auch Dämpfer – Finnland meldet ein negatives Wachstum um 0,5 Prozent an. Zudem fehlen die Zahlen von insgesamt sechs Staaten, unter anderem vom nach wie vor wirtschaftlich labilen Griechenland.

KANZLERIN MERKEL: MIETPREISBREMSE IST GESCHEITERT

Die Mietpreisbremse der Großen Koalition konnte die erhoffte Wirkung nicht entfalten. Dies gab Bundeskanzlerin Angela Merkel in Koblenz zu. Vor allem in urbanen Ballungsgebieten sei der Preisdruck trotz des 2015 eingeführten Instruments weiterhin gewachsen.

Die Genehmigungsverfahren seien bisher eine der größten Hürden: das Geld für neue

Bauprojekte fließt nicht schnell genug ab, betonte die Kanzlerin.

»Hier wird einmal mehr deutlich: Die Branche ist überreguliert, die Erstellungskosten sind nicht zuletzt durch staatliches Handeln zu hoch, und die aktuellen Baugenehmigungsprozesse sind zu langwierig«, erklärte dazu der Spitzenverband Zentraler Immobilien Ausschuss.

PERSONALIEN

WÜLLNER ÜBERNIMMT KOMMUNIKATION UND STRATEGIE DES NRW-FINANZMINISTERIUMS

Eva Wüllner hat zum 15. August die Leitung des neu geschaffenen Bereichs »Kommunikation und Strategie« im nordrhein-westfälischen Finanzministerium übernommen. Damit spricht sie für Finanzminister Lutz Lienenkämper (CDU), an den sie auch berichtet. Die frühere Sprecherin der CDU-Bundespartei war zuletzt Leiterin der Hauptstadtvertretung der ING-DiBa und bereits während der schwarz-gelben Landesregierung unter Jürgen Rüttgers in der Presseabteilung des damaligen Landesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales tätig.

PIEL FÜHRT GRÜNE IN DIE LANDTAGSWAHL NIEDERSACHSEN

Anja Piel (51, Grüne) ist am 12. August auf einem Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen zur Spitzenkandidatin für die vorgezogene Landtagswahl gewählt worden. Es stimmten 162 der 172 Delegierten für sie. Auf Platz zwei und drei folgen Umweltminister Stefan Wenzel und die Kandidatin der Grünen Jugend Niedersachsen, Imke Byl. Die Wahl findet am 15. Oktober statt.

ISLAM NEUER BUSINESS DEVELOPMENT EXECUTIVE BEI EY

Rana Deep Islam (34) ist seit dem 1. August Business Development Executive im Marktsegment Government and Public Sector der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young (EY) für Deutschland, Schweiz und Österreich. In dieser Funktion verantwortet er die Neugeschäftsentwicklung in dem Bereich mit Schwerpunkt in Bund und Ländern. Zuvor arbeitete er als Referent im SPD-Parteivorstand. In der neu geschaffenen Position berichtet Islam an Bernhard Lorentz, den Leiter des Marktsegments in der Region und Mitglied des Regional Leadership Teams. EY berät im Segment Government and Public Sector Regierungen, Behörden, Stiftungen, Vereine und Non-Profit-Organisationen.

BMBF: ÄLTERE ARBEITNEHMER MACHEN HÄUFIGER FORTBILDUNGEN

Vergangenes Jahr haben 50 Prozent aller Deutschen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren an mindestens einer Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen. Die Weiterbildungsbeteiligung bleibt damit auf hohem Niveau, nachdem sie zwischen 2010 und 2012 deutlich angestiegen war. Dies ist ein Ergebnis des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Adult Education Survey (AES) 2016, mit dem das Weiterbildungsverhalten der Bevölkerung erhoben wird.

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka zeigte sich zufrieden mit dieser Tendenz: »Weiterbildung lohnt sich in jedem Alter. Sie ermöglicht es uns, unser Wissen und unsere Kompetenzen an die sich ändernden Lebens- und Arbeitswelten anzupassen«, kommentierte sie die Ergebnisse der Studie. Die bisherigen Unterschiede zwischen Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sind ebenfalls gesunken: im vergangenen Jahr nahmen 43 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund an Weiterbildungsmaßnahmen teil.

WORTE DER WOCHE

»Martin Schulz steckt mit einem Bein in dem Laden, den die Kanzlerin führt. Genauer: Seine Kumpels stecken mit beiden Beinen drin, und er wagt nicht, sich von denen loszusagen.«

Unternehmensberaterin Gertrud Höhler über den SPD-Bundestagswahlkampf.

»Wir haben viele Optionen für Venezuela, und übrigens werde ich eine militärische Option nicht ausschließen.«

US-Präsident Donald Trump über den Umgang mit Venezuela.

»Hier sollen Konkurrenten auf den Weltmärkten kleingehalten werden.«

Altkanzler Gerhard Schröder über die US-Sanktionspolitik.

»Es darf keinen weiteren Krieg auf der koreanischen Halbinsel geben.«

Moon Jae In, Südkoreas Präsident, mahnt eine politische Lösung an.

»Wo heute die Stickoxide im Fokus stehen, folgen morgen die Geräusche im Luftwiderstand und übermorgen der Reifenabrieb.«

Eberhard Sasse, Chef der IHK München.

»Weite Teile der Automobilindustrie haben unglaubliches Vertrauen verspielt.«

Angela Merkel, Bundeskanzlerin.

»Das Einzige, was mich überhaupt interessieren würde, wäre Finanzminister«

FDP-Bundesvize Wolfgang Kubicki.

»Als Nationalstaaten werden wir in der Welt von morgen keine Stimme haben. Asiens Dynamik ist atemberaubend, Afrika verdoppelt seine Bevölkerung, auch Lateinamerika wächst. Wir in Europa werden dagegen weniger. Deswegen müssen wir zusammenstehen. [...] Die ganze Welt ist schockiert darüber, wie unberechenbar die US-Politik geworden ist. [...] Solche Leute wollen die Stärke des Rechts gegen das Recht des Stärkeren eintauschen. Das ist das Gegenteil dessen, was den Westen bislang verbunden hat – universelle Werte von Freiheit, Demokratie, Recht. Dass sich die Amerikaner davon verabschieden, macht den Westen schwächer.«

Außenminister Sigmar Gabriel diese Woche in einem Interview.

TERMINE

23.8. HANDELSBLATT ZUR LAGE DES WESTENS MIT BK MERKEL

Diskussionsveranstaltung der Handelsblatt Verlagsgruppe zum Thema »Wohin treibt der Westen?«, unter anderen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Handelsblatt-Herausgeber Gabor Steingart. 11.30 Uhr, WECC Berlin, Westhafenstraße 1, 13353 Berlin (Anmeldung erforderlich).

28.8. KLAUSURTAGUNG DES BUNDESVORSTANDES VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klausurtagung von Bündnis 90/Die Grünen zum Thema »Aktuelle politische Themen«. 10 Uhr. Bündnis 90/Die Grünen – Bundesgeschäftsstelle, Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin (Anmeldung erforderlich).

31.8. DEUTSCH-ARABISCHE GESELLSCHAFT ZUM NAHOSTKONFLIKT

Tagung der Deutsch-Arabischen Gesellschaft (DAG) zum Thema »Arabische Welt zerstritten – Nahostkonflikt/Golfkrise/Nordafrika & Europa«, unter anderen mit dem Generalsekretär der DAG, Harald Moritz Bock, dem Vizepräsidenten der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, Dr. Martin Breidert und der Nahost-Korrespondentin Jasna Zajcek. 10-13 Uhr, Calvinstraße 23, 10557 Berlin (Anmeldung erforderlich).